

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte MitarbeiterInnen der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Verbandsgemeinderat,
sehr geehrte Damen und Herren von der Presse,

zunächst möchte ich mich im Namen der Fraktion DIE LINKE. sehr herzlich bei Herrn Kämmerer Runkel und seinem Team im Fachbereich Finanzen für die Erarbeitung und ausführliche Vorstellung des Haushaltsplanes 2021 bedanken. Zudem möchten wir uns bei den Verantwortlichen der Verwaltung insgesamt bedanken, die den Gesundheitsschutz sehr ernst genommen und hierzu gute Hygienekonzepte entwickelt haben, so dass das Funktionieren der Kernbereiche der demokratischen Ratsarbeit und der Bürgerdienste trotz Corona stets gewährleistet werden konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Jahr 2020 war ein Jahr der Widersprüche und der Unsicherheiten für uns alle. Die Corona-Pandemie hat vielen Menschen und Familien Tod, Leid und Trauer gebracht und Staaten, Gesellschaften und Wirtschaften weltweit vor große und tiefgreifende Herausforderungen gestellt. Die Pandemie verschärft das Problem der sozialen Ungleichheit und wirft zugleich ein Schlaglicht auf die dringend erforderlichen Veränderungen hin zu einem sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir alle wurden Zeitzeugen wissenschaftlicher Lern- und Forschungsprozesse sowie einer zivilgesellschaftlichen Kraftanstrengung gelebter Solidarität mit den durch das Virus besonders gefährdeten Gruppen. Erste Zulassungen von Impfstoffen lassen hoffen, dass das Leid schon sehr bald gelindert und gestoppt sowie Eingriffe in unsere Grundrechte beendet werden können, wenn wir gewährleisten, dass alle Menschen gleichermaßen Zugang zu den Impfstoffen erhalten. Auf der anderen Seite konnten wir auch 2020 den immer lauter werdenden Hass, das gezielte Säen von Angst und Desinformation durch die extreme Rechte erleben, welches Ignoranz, Aggressivität und das Erstarken menschenfeindlicher Verschwörungserzählungen in Teilen der Gesellschaft nach sich zog. Bleiben wir also wehrhaft und wachsam gegenüber den Feinden der Demokratie!

Auf kommunaler Ebene bereiteten uns insbesondere die finanziellen Entwicklungen im Laufe des Jahres Sorgen: So stand lange Zeit nicht fest, wie sich die coronabedingten

Steuerverluste von aktuell schätzungsweise 2,76 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr für die Verbandsgemeinde Daaden-Herdorf kompensieren lassen würden. Bund und Land sind hier nun richtigerweise mit Hilfszahlungen eingesprungen und gleichen die finanzielle Lücke bei den Gewerbesteuererinnahmen großzügig aus, so dass im Ergebnis für das Planjahr 2021 sogar ein sattes Plus bei den Gesamtsteuerschlüsselzuweisungen zu verzeichnen sein wird. Wünschenswert wäre es hier, wenn auch nach Corona entsprechende Wege aus der Schuldenfalle für die strukturell defizitären Kommunen, wie sie u.a. der Gemeinde- und Städtebund schon lange fordert, durch Bund und Land unbürokratisch und schnell realisiert werden würden.

Nicht geklärt ist natürlich, wer am Ende die Corona-Rechnung zahlt. DIE LINKE. hat hier eine klare Position. Wenn am Ende nicht erneut Bürgerinnen und Bürger durch Steuererhöhungen und Sozialkürzungen die Zeche zahlen sollen, werden wir um eine längst überfällige Vermögenssteuer als Landessteuer, von der auch die Kommunen über Zusweisungen profitieren würden sowie um eine Vermögensabgabe des auch in der Coronakrise obszön gestiegenen Reichtums, der sich bei einigen Wenigen auftürmt, nicht umhin kommen. Das Planjahr 2021 wird auch aus fiskalischer Sicht ein Jahr der Unsicherheit bleiben. Das Wahljahr 2021 verspricht gerade in dieser Hinsicht spannend zu werden.

Die Verbandsgemeinde kann darüber hinaus durch eigene Rücklagen und Überträge aus nicht realisierten Projekten in 2020 einen ausgeglichenen Haushalt sowie eine Rücklage von rund 100 Tsd. Euro vorlegen. Der Haushalt sieht für das Planjahr 2021 insgesamt rund 1,8 Mio. Euro an Investitionen, maßgeblich in die Erfüllung seiner Pflichtaufgaben wie Instandsetzungen, Sarnierungen, Tourismusförderung, Digitalisierung bei Verwaltung und Schulen sowie in den Klimaschutz vor und kann hierbei bedingt durch eine hohe Zuschussquote ohne eine Kreditaufnahme bzw. Neuverschuldung auskommen. Zudem kann der Umlagesatz für die Kommunen von 23 auf 21 Prozentpunkte gesenkt werden, so dass rund 180 Tsd. Euro mehr bei den Einzelkommunen verbleiben können. Der Hebesatz erreicht somit nahezu seinen historischen Tiefpunkt von 20 %. Die zu zahlende Umlage an den Kreis Altenkirchen wird sich bei gleichbleibendem Umlagesatz aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlage auf rund 67 Tsd. Euro erhöhen. Allerdings kann weiterhin nur von einem vorläufigen Haushalt die Rede sein, da die Nachbearbeitung des Interimszeitraumes vor dem Hintergrund der Eingliederung Herforfs in die VG weiterhin nicht abgeschlossen ist.

Für Personal und Versorgungsaufwendungen sind für das Jahr 2021 3,65 Mio. Euro und damit rund 111 Tsd. Euro mehr als im Vorjahr angesetzt. DIE LINKE. begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass die Gewerkschaft Verdi auch in Corona-Zeiten ein respektables Tarifergebnis für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen erkämpft hat, so dass das Geld auch bei jenen ankommt, die den Laden mit ihrer Arbeitskraft am Laufen halten. Auch die KollegInnen im privatisierten Sektor der öffentlichen Daseinsvorsorge, die teils leer ausgehen, weil sie keine Tarifverträge mehr haben, sollten an dieser Stelle nicht vergessen werden.

Nach wie vor sehen wir kritisch, dass die Verbandsgemeinde zur Bildung einer Versorgungsrücklage für die kommunalen BeamtInnen durch Ratsbeschluss nun voraussichtlich für die nächsten 10 Jahre jährlich 60.000 Euro in den Rentenfonds der Rheinischen Versorgungskasse einzahlt. Das Haushaltsprinzip der Vorsorge ist hier zwar richtig, als LINKE. hätten wir uns jedoch die Erarbeitung eines alternativen Angebots gewünscht, so dass eine Entscheidung für einen nachhaltigen Fonds, der auf Investis in Unternehmen, die mit klimaschädlicher Gewinnung von Öl und Gas, der Produktion von Waffen oder der Spekulation mit Nahrungsmitteln Geschäfte machen gänzlich verzichten, möglich gewesen wäre.

Zum heutigen Zeitpunkt konnten wir die kritischen Anmerkungen zum Stellenplan im Prüfbericht noch nicht hinreichend erörtern. Wir werden diesem daher heute nur unter Vorbehalt zustimmen. Wir freuen uns, dass die CDU-Fraktion ihre Bereitschaft zur Diskussion über die hauptamtliche Kinder- und Jugendarbeit signalisiert hat. Dass nun der Weg frei ist für eine sachbezogene Debatte im Fachausschuss, ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Der Fraktionsübergreifende Antrag von SPD, Grünen und Linken zeigt: Eine professionelle Jugendsozialarbeit ist auch in der Verbandsgemeinde Daaden-Herdorf nötig, eine solide Finanzierung ist möglich. Umso mehr irritiert uns die Stellungnahme der Verwaltung, in der kolportiert wird, der Rat habe mit der unbefristeten Einstellung des Berufsscoaches bereits einer Strategie zugestimmt und es bestehe nach wie vor kein Bedarf einer offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Verbandsgemeinde. Richtig ist, dass per Ratsbeschluss die gute Arbeit des Berufsscoaches mit einem ordentlichen und unbefristeten Arbeitsvertrag gewürdigt wurde. Von einer umfassenden Jugendstrategie kann hier aus unserer Sicht jedoch keine Rede sein.

Erst mit Wiedereinführung der hauptamtlichen Kinder- und Jugendarbeit kann der „weiße Fleck“ im Kreisgebiet endlich professionell beleuchtet werden. Das muss es uns wert sein! Insbesondere für die Gruppe der 10-19 Jährigen ohne politische Vertretungen in den Räten, das waren zum 30.06.2020 insgesamt 1569 Menschen und damit 9 % der EinwohnerInnen, würde davon profitieren. Gerne wird in Sonntagsreden das große Ziel der Chancengleichheit für Kinder- und Jugendliche postuliert: Sorgen wir dafür, dass auch Kinder und Jugendliche in unserer Verbandsgemeinde, die nicht das Glück haben, in einer intakten, bildungsbürgerlichen Familie aufzuwachsen, neben Schule, Berufseinstieg und Verein einen weiteren, starken Partner an die Seite bekommen. Gerade in Zeiten der Unsicherheiten und der gesellschaftlichen Umbrüche braucht es geschützte Räume und demokratische Partizipationsmöglichkeiten für alle.

Mit Blick auf das vergangene Haushaltsjahr lässt uns die Ablehnung unseres gemeinsam mit der Fraktion der Grünen erarbeiteten Antrages zum Beitritt der Verbandsgemeinde Daaden-Herdorf in das Bündnis der Sicheren Häfen für Geflüchtete mit großem Unverständnis und Bedauern zurück. Insbesondere der Umgang der Verwaltung mit diesem politischen Antrag, der in der Verwaltungsvorlage aus unserer Sicht unzureichend dargestellt wurde, was im Ergebnis zu einem verzerrten Prozess der demokratischen Willensbildung geführt hat, wollen wir an dieser Stelle problematisieren und erwarten für die Zukunft in dieser Hinsicht eine neutralere Vorgehensweise der Verwaltung. DIE LINKE. steht auch kommunal an der Seite all derer, die für eine humane Flüchtlingspolitik und für die Wahrung der globalen Menschenrechte eintreten. Wir beobachten die Entwicklungen hierzu auf Kreisebene mit großem Interesse.

Ohne auf die Zahlen und Positionen des Haushaltes im Einzelnen noch einmal näher eingehen zu wollen, möchten wir abschließend festhalten, dass DIE LINKE. dem Haushaltsplan unter den genannten und in der heutigen Sitzung diskutierten kritischen Vorbehalten zustimmen wird. Auch den von der CDU-Fraktion beantragten Sperrvermerk zum Bau des Aufzuges im Rathaus Daaden können wir mittragen, wenn dies zur Folge hat, dass über die räumliche Verwaltungsstruktur in den beiden Hauptzentren Daaden und Herdorf im Grundsatz debattiert wird. Dieser Prozess sollte jedoch zügig in Gang gebracht werden, um die Barrierefreiheit für Personal und BürgerInnen im Rathaus Daaden schnellstmöglich herzustellen.

Wir möchten uns abschließend für die in den Meinungen teils weit auseinandergehenden, aber stets an der Sache orientierten Diskussionen bei Herrn Bürgermeister Schneider und allen RatskollegInnen bedanken und wünschen Euch und Ihnen allen ein geruhames und erholsames Weihnachtsfest 2020!

Bleiben Sie gesund und heiter, trotz alledem!